

Blum, Ulrich

Article Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich (2006) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 12, Iss. 8, pp. 222-222

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143484>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Editorial

Vor knapp 60 Jahren wurde das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) – 1995 abgelöst von der Welthandelsorganisation (WTO) – gegründet, um Multilateralismus statt Bilateralismus zum Ziel der Welthandelspolitik zu machen. Seitdem sanken die Durchschnittszölle von rund 40% auf etwa 5%, vor allem getrieben von der „Meistbegünstigungsklausel“, der zufolge sich jedes Land verpflichtet, anderen die gleichen, besten Bedingungen einzuräumen, die es einem individuellen Handelspartner zugesteht. Ausnahmen sind nur für regionale Handelsbündnisse, beispielsweise die EU oder den Mercosur, zulässig.

Nun ist die Doha-Runde am ewigen Stolperstein der GATT- bzw. der WTO-Verhandlungen, der Öffnung der Agrarmärkte für die Entwicklungsländer, gescheitert. Im Gegenzug weigern sich die Schwellenländer, ihre Märkte für Industrieimporte und für Direktinvestitionen zu öffnen. Jetzt wird ein Rückfall in regionale Handelsbündnisse befürchtet. Warum kämpfen die Industrieländer scheinbar verbissen um ihren Agrarprotektionismus, wo doch dieser Sektor in Bezug auf Wertschöpfung und Beschäftigung wenig bedeutend ist?

Die Landwirtschaft stellt nicht nur Nahrungsmittel bereit, sie dient auch dem Umweltschutz und dem Erhalt der Kulturlandschaft. Der Boden ist in einem Maße Regulierungen unterworfen wie kein anderer Produktionsfaktor. Nirgendwo wird privates Unternehmertum derart gegängelt. Man sollte Subventionierung und Beschränkung parallel zurückführen. Denn infolge steigender Energiepreise stehen landwirtschaftliche Erzeugnisse als nachwachsende Rohstoffe an der Schwelle der Wettbewerbsfähigkeit. Sobald die steuerliche Belastung fossiler Brennstoffe wirklich zum umweltpolitischen Steuerungselement wird, kann sich der Landwirt beruhigt zurücklehnen. Denn sein neuer Markt wird auch der der Rohstoffe für die chemische und die pharmazeutische Industrie sowie der Bereitstellung von Energieerohstoffen für die Allgemeinheit sein. So schlug die Diskussion um die Änderung der Zuckermarktordnung im vergangenen Jahr hohe Wellen. Inzwischen zeigt sich, daß der Weltmarktpreis infolge der Entwicklung einer Äthanolwirtschaft dramatisch gestiegen ist.

Die Ernährungskosten der Verbraucher müßten nur dann steigen, wenn die Nahrungsmittelindustrie nicht in der Lage ist, entsprechende technische Effizienzgewinne zu erzeugen, die bisher überproportional in der Landwirtschaft erzielt wurden. Der Landwirt müßte die Wahlfreiheit seiner Produktion bekommen, für die nur dann ein öffentliches Entgelt – keine Subvention – zu zahlen ist, wenn meßbare Gegenleistungen für die Gesellschaft erfolgen. Die Politik muß die Fesseln lösen, das Produzieren von Energie statt Nahrungsmitteln moralisch zu verbrämen, auch das entsprechende Pflanzgut zulassen und der grünen Gentechnik entsprechende Chancen einräumen. Die Effizienzgewinne würden die Marktöffnung erlauben, zugunsten der Liberalisierung des Welthandels.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*